

STATISTISCHES BUNDESAMT

PROTOKOLL

über die

15. Tagung des Statistischen Beirats

9. und 10. Mai 1967 — Wiesbaden

P r o t o k o l l

über die 15. Tagung des Statistischen Beirats
am 9. und 10. Mai 1967

A n w e s e n d e :

Präsident P. Schmidt (als Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--	-------------------------	-----------

A. Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Dr. Wegner	Bundesmin. des Innern	Bonn
Dr. Blatzheim	" der Finanzen	Bonn
Dr. Raabe	" für Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Hix	" für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn-Duisdorf
Dr. Knolle	" für Arbeit und Sozialordnung	Bonn-Duisdorf
Dr. Saake	" für Verkehr	Bonn
Müller	" für das Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Arlt	" für das Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Klein	" für Wohnungswesen und Städtebau	Bad Godesberg
Kratzer	" für Vertriebene; Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	Bonn

Dr. Drechsler	Bundesmin. für gesamtdeutsche Fragen	Bonn
Graf v. Korff	" für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	Bonn
Fr. Quante (nur am 1. Tag)	" für wissenschaftliche Forschung	Bad Godesberg
Dr. Frh. v. Buttler	Bundesschatzministerium	Bad Godesberg
Gebauer	Bundesmin. für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Bonn
Dr. Ziesmer	" für Gesundheitswesen	Bad Godesberg
Bachthaler	Bundesrechnungshof	Frankfurt a.M.
Lischeck	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt a.M.
Dr. Weinhold	Deutsche Bundesbank	Frankfurt a.M.

B. Vertreter der Statistischen Landesämter

Laskowski	Stat. Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Sachse	Stat. Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Boustedt	Stat. Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Funke	Nieders. Landesverwaltungsamt - Statistik -	Hannover
Dr. Hempel	Stat. Landesamt Bremen	Bremen

Dr. Schon	Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Hüfner (nur am 1. Tag)	Hess. Stat. Landesamt	Wiesbaden
Kaiser	Hess. Stat. Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellesen	Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Werber	Stat. Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Prof. Dr. Raab	Bayer. Stat. Landesamt	München
Dr. Götz	Stat. Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Katsch	Stat. Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen

Prof. Dr. Gunzert	Deutscher Städtetag	Frankfurt a.M.
Dr. Buhrow	Deutscher Städtetag	Köln-Marienburg
Dr. Peckolt (nur am 1. Tag)	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Prof. Dr. Herrmann	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Schwartz	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn

Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Oehler	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Langsch	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V.	Köln
Siegmund	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt a.M.
Bretschneider	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln-Bayenthal
Fr. Dörfelt-Claus	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen	Köln
Dr. Christmann (nur am 1. Tag)	Deutscher Gewerkschaftsbund, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften	Köln
Dr. Kratzsch (nur am 2. Tag)	Deutscher Gewerkschaftsbund, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften	Köln
Schanz	Deutsche Angestelltengewerkschaft	Hamburg
Dr. Hülten	Deutscher Beamtenbund	Bad Godesberg
Dr. Geißendörfer	Deutscher Bauernverband e.V.	Bad Godesberg
Prof. Dr. Wagenführ	Institut für international vergleichende Wirtschafts- und Sozialstatistik	Heidelberg
Dr. Krengel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin

Heim
(nur am 1. Tag)

Geschäftsstelle des
Wissenschaftsrates

Köln-Marien-
burg

Dr. Bischoff

Statistik der Kohlenwirt-
schaft e.V.

Essen

D. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

Dr. Baumann

Hess. Kultusministerium

Wiesbaden

E. Statistisches Bundesamt

Die Abteilungsleiter Mengert, Dr. Szameitat, Dr. Bartels, Dr. Dennukat,
Sobotschinski, Dr. Hanisch, Kunz, Hansen, Dr. Schubnell; Hauptreferenten
und Referenten.

T a g e s o r d n u n g

Diskussionsthema:

Seite

"Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1966/67"

A. Allgemeiner Teil

I. <u>Überblick über die Arbeiten im Jahre 1966 und Ausblick auf neue Aufgaben</u>	
1. Die erreichte und angebahnte Vervollständigung des statistischen Instrumentariums	2
2. Rechtsgrundlagen	8
3. Beirats- und Fachausschußarbeit	8
4. Rationalisierung der Statistik	8
II. <u>Vorschau auf die größeren Zählungen im Zeitraum 1968 bis 1972</u>	10
III. <u>Vorbereitung des Zählungswerkes 1970</u>	14
IV. <u>Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung</u> ..	18
V. <u>Mitarbeit in nationalen Organisationen und Ausschüssen</u>	18
VI. <u>Beteiligung an der internationalen Arbeit</u>	18

<u>B. Berichte der Abteilungen</u>	Seite
I. Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik	19
II. Allgemeine fachliche Fragen der Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	20
III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik	21
IV. Industrie- und Handwerksstatistik	22
V. Handels- und Verkehrsstatistik	23
VI. Statistik der Preise, Löhne und Wirt- schaftsrechnungen, des Wohnungs- und Sozialwesens	24
VII. Finanz- und Steuerstatistik	26
VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik	27
IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes	28

Wortlaut des Protokolls:

=====

Präsident S c h m i d t eröffnet die 15. Tagung des Statistischen Beirats und gibt die seit der letzten Sitzung eingetretenen personellen Veränderungen im Beirat bekannt. Er dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre zum Teil langjährige Arbeit zum Nutzen der amtlichen deutschen Statistik, begrüßt besonders die neuen Beiratsmitglieder und stellt die neuen Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes vor.

Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, so daß die Diskussion entsprechend der Gliederung des Jahresberichts des Statistischen Bundesamtes durchgeführt werden kann¹⁾. Die vom Bundesministerium des Innern angeregte Erörterung der Frage beschleunigter Auswertung von Erhebungsergebnissen erfolgt bei Punkt A II der Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Präsident Schmidt darauf hin, daß sich bereits jetzt einige wichtige Punkte abzeichnen, die unter Umständen eine weitere Beiratstagung im Herbst d.J. notwendig machen werden. Es handelt sich um das dann wahrscheinlich dem Bundestag vorliegende Gutachten von Dr. Fürst zum Programm der Bundesstatistik, den ersten umfassenden Vorschlag zum Gesamtprogramm des Volkszählungswerkes 1970 sowie um die Konsequenzen, die sich für die Statistik aus der Einführung der Mehrwertsteuer ergeben. Es erschien jedoch nicht zweckmäßig, im Hinblick hierauf die jetzige turnusmäßige Beiratstagung, die, wie alle Jahre, der Erörterung der gesamten Amtsarbeit dienen soll, um etwa ein halbes Jahr zu verschieben. Wie Präsident Schmidt weiter ausführt, wird die Erfüllung der Aufgaben des Statistischen Bundesamtes bei der derzeitigen Haushaltssituation (Einstellungssperre, Sperre von 25 % der Sachmittel, keine Bewilligung dringend benötigter zusätzlicher Mittel) außerordentlich erschwert, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Nachfrage nach statistischen Ergebnissen von seiten der ministeriellen Auftraggeber wie auch der übrigen Konsumenten besonders groß ist. Bei Andauern dieser Situation bleibt dem Amt - mit allen Konsequenzen für die Konsumenten der Statistik - nur die Möglichkeit, die derzeitigen Arbeiten entweder

1) Die Berichte der Abteilungen des Statistischen Bundesamtes werden am 2. Sitzungstag in der Reihenfolge der Abt. III bis VIII, I, II behandelt.

über einen längeren Zeitraum zu strecken, d.h. die für die Produktion der statistischen Daten geltenden Termine generell zu verlängern, oder aber bei der Durchführung des Programms gewisse Prioritäten einzuführen.

Zu den im Laufe der Diskussion wiederholten Stellungnahmen zur Personalsituation des Statistischen Bundesamtes bittet Dr. Wegner, neue Aufgaben nicht grundsätzlich mit Forderungen nach neuen Stellen zu verbinden, sondern zunächst einmal den Aufgabenkatalog nach evtl. Entbehrlichem durchzusehen. Vom Statistischen Bundesamt wird darauf hingewiesen, daß leider ein Teil der im Vorjahr bewilligten Stellen nunmehr der Stellensperre zum Opfer gefallen, und daß der relativ geringe Anteil der Ausgaben für Statistik an den gesamten Staatsausgaben in den letzten Jahren weiter zurückgegangen ist. Die personelle Situation in einigen Abteilungen ist z.Z. so angespannt, daß nur mit Schwierigkeiten die laufenden Aufgaben bewältigt werden können. Unter diesen Umständen müssen Neuberechnungen von Indices, die Einbeziehung von Ergebnissen für Berlin (West) für zurückliegende Jahre, die Zusammenstellung von Methodenbänden sowie ähnliche an sich dringend erwünschte Arbeiten immer wieder zurückgestellt werden. Darüberhinaus mangelt es an qualifizierten wissenschaftlichen Mitarbeitern für die Auswertung und eingehende Analyse der Erhebungsergebnisse. Präsident Schmidt betont, daß das Statistische Bundesamt alle Anstrengungen unternehmen wird, um mit der gegebenen Situation fertig zu werden. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß die Amtsarbeiten weitgehend an Gesetze gebunden sind, die auszuführen sind, und daß dem Amt dadurch von vornherein nur wenig Spielraum gelassen wird.

Allgemeines Diskussionsthema:

Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1966/67

Besprechungsunterlage:

Der Jahresbericht des Statistischen Bundesamtes

A. Allgemeiner Teil

I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1966 und Ausblick auf neue Aufgaben

1. Die erreichte und angebahnte Vervollständigung des statistischen Instrumentariums

Die laufende Wirtschaftsbeobachtung ist in der jetzigen konjunkturellen Situation von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang

zeichnen sich, wie Frl. Dr. Bartels erklärt, einige Problemkreise ab, mit denen man sich in der nächsten Zeit gründlicher befassen sollte. So ist z.B. die bereits mehrfach erörterte Frage der Verbesserung der Beschäftigtenstatistik wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Für die kurzfristige Beobachtung werden vor allem vierteljährliche Gesamtzahlen der Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen in regionaler Untergliederung benötigt. Der Mikrozensus kann diese Untergliederungen wegen des geringen Auswahlssatzes nicht liefern; außerdem liegen die zeitlichen Veränderungen häufig innerhalb der Fehlergrenzen und können deshalb nicht zuverlässig genug angegeben werden. Die Versuche der Arbeitsverwaltung mit der sogenannten "G-Kartei", einer Personenkartei, haben leider nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Es wird daher überlegt, ob man nicht über die Sozialversicherungsträger, und zwar mit Hilfe von Betriebsmeldungen bzw. durch Einrichtung und Führung von Betriebskarteien, die zugleich auch anderen statistischen Zwecken dienen könnten, zu den gewünschten Daten gelangen kann. Für mittelfristige 'Voraus-schätzungen werden darüber hinaus lange Reihen über die Erwerbstätigen in verschiedenen Untergliederungen, wie z.B. nach In- und Ausländern, nach Selbständigen und Abhängigen, nach Geschlecht und Familienstand (bei Frauen), nach Wirtschaftsbereichen usw., gebraucht. Die Tatsache, daß nicht alle benötigten Daten (Arbeitsplätze, Erwerbstätige, Stellung im Betrieb, gewerbliche Zuordnung, Kombination mit anderen betrieblichen und persönlichen Merkmalen usw.) in gleicher Güte von einem einzigen Kreis der Befragten bzw. auf dem gleichen Erhebungsweg zu erhalten sind, sollte zu überlegen geben, ob nicht künftig den kombinierenden Schätzungen mehr Bedeutung zugemessen werden sollte. Auch bisher sind schon die Jahresdurchschnittszahlen über die Erwerbstätigen mit Hilfe des Mikrozensus und der Daten über Beschäftigte in den Statistiken für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche ermittelt worden. Das Beispiel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die insbesondere hinsichtlich der Einkommensschichtung nicht alle Wünsche erfüllen konnte, zeigt besonders deutlich, daß gewisse Komplexe nur durch ein sinnvolles Zusammenbauen mit Daten aus verschiedenen Erhebungen statistisch in den Griff zu bekommen sind.

Der zweite Problemkreis ist die Neuordnung der Industrie- und Handwerksstatistik im weitesten Sinne, d.h. einschließlich der entspre-

chenden Statistiken der Preise, Löhne, Kostenstruktur, Bilanzen usw. Die geplante Novellierung des Industriestatistischen Gesetzes wird Gelegenheit geben, das Gesamtsystem der Berichterstattung für das warenproduzierende Gewerbe unter Berücksichtigung neuer nationaler und internationaler Probleme zu überprüfen. Hierzu gehören z.B. Fragen des Erhebungsbereiches, der Erhebungs- und Darstellungseinheit, der Einschränkung oder Ausdehnung der zu erfassenden Tatbestände und Merkmale, insbesondere auch ihrer Periodizität, der regionalen Gliederung und des Erhebungsverfahrens. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die Vereinheitlichung der Berichtssysteme für Industrie und Handwerk, die Frage der institutionellen und funktionalen Abgrenzung, die Möglichkeiten der Datenerfassung für fachliche Unternehmensteile, die Aufteilung des Wareneingangs nach Warengruppen, die bessere Verzahnung des monatlichen Industrieberichts und der vierteljährlichen Produktionsstatistik mit der jährlichen Unternehmenserhebung, die Vereinheitlichung der Programme der kurz- und mittelfristigen regelmäßigen Berichterstattung für alle Wirtschaftsbereiche usw.

Den dritten Problemkreis bilden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hier nähern sich die seit Jahren andauernden internationalen Diskussionen über die grundsätzlichen Probleme eines erweiterten Systems einem gewissen Abschluß. Dabei ist Übereinstimmung erzielt worden, daß die traditionellen Gesamtrechnungen um ein ausgebautes System der Güter- und der Finanzierungsströme ergänzt werden, daß ferner der Einkommensschichtung mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, daß in Sozialkonten ein Überblick über die Sozialleistungen und ihre Finanzierung nach Systemen und Risiken gegeben wird und daß die kurzfristigen Berechnungen erweitert werden sollen. Ferner sollen die Statistiken der Beschäftigten, Einkommensbezieher usw. besser auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgestimmt werden und Versuche unternommen werden, die Berechnungen auf Sachvermögen und Bilanzen auszudehnen. Für das Statistische Bundesamt bedeuten diese Arbeiten und die Umrechnungen der deutschen Zahlen auf die internationalen Konzepte eine große zusätzliche Belastung, für die bisher keinerlei zusätzliche Mittel aus deutschen Quellen in Aussicht stehen. Eine evtl. Finanzierungshilfe durch die EWG würde zur Folge haben, daß der Akzent, den dortigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen entsprechend, u.a. mehr

auf die produktionstechnischen Zusammenhänge gelegt wird, während hier mehr die Marktvorgänge und z.B. Einkommensfragen interessieren. Eine weitere Delegation von Teilarbeiten der ohnehin schon auf drei Stellen (Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) aufgeteilten Aufgaben, wäre für die Geschlossenheit des Systems wenig förderlich. Auch die Beteiligung von Instituten an dieser Arbeit ist aus verschiedenen Gründen problematisch. Von dieser Seite wurde außerdem bereits eingewandt, daß man dort für die Wirtschaftsanalyse und nicht für die Produktion von Statistiken zuständig sei.

In der Diskussion über die Beschäftigtenstatistik bestätigt Dr. Knolle die schlechten Erfahrungen mit den bisherigen "Kartei"-Statistiken der Arbeitsverwaltung. Er hofft, daß ein anderer Weg zu einer brauchbaren Beschäftigtenstatistik gefunden werden kann, weist aber auf die beträchtlichen Schwierigkeiten hin, die auch der oben angedeutete neue Weg bietet. Zu der von Prof. Wagenführ in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Frage einer evtl. Erweiterung des Repräsentationsgrades des Mikrozensus (jährlich vier 1 %-Erhebungen) wird auf die auch bei diesem Auswahlatz noch bestehende Unsicherheit der Feststellung zeitlicher Veränderungen, vor allem bei tieferer wirtschaftssystematischer Gliederung der Ergebnisse, und auf die bei Haushaltsbefragungen schwierige Feststellung des wirtschaftlichen Schwerpunktes der Arbeitsstätte bzw. der Unternehmen, in denen die Befragten beschäftigt sind, hingewiesen. Zu der grundsätzlichen Frage der kombinierenden Schätzungen äußert Dr. Krengel die Auffassung, daß die statistischen Ämter mehr kombinatorische Statistik betreiben sollten, da sich sonst zahlreiche Konsumenten mit dem Zusammentragen des entsprechenden Materials beschäftigen müssen. Dr. Hüfner weist darauf hin, daß auch die Länder lange Reihen über Erwerbstätige, gegliedert nach Wirtschaftsbereichen, brauchen. Diese Frage soll u.a. im Arbeitskreis "Sozialproduktionsberechnungen" der Statistischen Landesämter weiter verfolgt werden.

Bei der Erörterung des Themenkreises "Industriestatistik" äußert Prof. Herrmann unter Hinweis auf die ursprünglich nur für alle 4 Jahre vorgesehenen und schließlich jährlich durchgeführten Investitionserhebungen gewisse Bedenken gegen die Aufstellung von Program-

men mit "1 - bis 5jähriger" Periodizität. Von Dr. Raabe, Prof. Wagenführ, Dr. Krengel und Fr. Dr. Bartels wird auf die Richtlinie der EWG und auf die sachliche Notwendigkeit einer jährlichen Investitionserhebung hingewiesen. Der Investitionstest des IFO-Instituts, der auf Ermittlung der Investitionsabsichten abgestellt ist, kann von der Aufgabenstellung her und bei der nicht ausreichenden Repräsentation in den einzelnen Wirtschaftszweigen wegen der naturgemäß mit Ungenauigkeiten behafteten Ergebnisse nicht die Aufgaben dieser Statistik erfüllen. -

Zum Problemkreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" bittet Dr. Krengel, sich für eine Vermehrung der hierfür vorhandenen Stellen einzusetzen. Es sei für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung unbedingt erforderlich, von der amtlichen Statistik gut aufeinander abgestimmtes und möglichst weit verarbeitetes Material zu erhalten. Daher käme der fachlichen Koordinierung und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen besondere Bedeutung zu. Diese Arbeitsgebiete seien aber mit Mitteln und Personal absolut und relativ unterversorgt, wie aus dem Gutachten von Dr. Fürst hervorgehe. Hierzu erklärt Präsident Schmidt, daß das Problem vor allem darin bestehe, besonders qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen. Prof. Wagenführ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Qualität der Mitarbeiter wahrscheinlich durch stärkere Ausdehnung der Arbeiten des Amtes auf kombinierende Schätzungen und auf Auswertung der Zahlen zu verbessern sei. In einer anschließenden kurzen Diskussion über die Arbeitsteilung zwischen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und amtlicher Statistik vertritt Prof. Wagenführ umgekehrt auch die Auffassung, daß es nicht nur die Aufgabe der amtlichen Statistik sei, Zahlen zu produzieren. Die Durchführung statistischer Erhebungen und Berechnungen durch Institute sei eine alte Streitfrage. Die Institute können hier aber wertvolle Beiträge leisten, indem sie Versuchsfelder öffnen, welche die amtliche Statistik erst später betreten kann. Die Frage, zu welchem Zeitpunkt gewisse Arbeiten von den Instituten auf das Statistische Bundesamt übergehen sollten, ist, wie Fr. Dr. Bartels hinzufügt, häufig schwer zu beantworten. Bei den Input-Output-Tabellen sei ihres Erachtens dieser Zeitpunkt gekommen. Zu dem Einwand, daß kombinatorische Statistik und Analyse möglicherweise nicht zu den gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes gehö-

ren, stellen Präsident Schmidt und Frl. Dr. Bartels fest, daß die allgemeine Darstellung statistischer Ergebnisse gemäß dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke auf jeden Fall Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, während die politische Analyse selbstverständlich Aufgabe der Ressorts sei. Von der Analyse bzw. Auswertung sei die kombinierende Schätzung zu unterscheiden, die durch Benutzung mehrerer Quellen im Wege der Weiterverarbeitung von Erhebungsergebnissen neue Zahlen hervorbringt, wie das z.B. in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in großem Stil passiert. Diese Zahlenproduktion durch Kombination erhobener Daten könne auf jeden Fall zu den Aufgaben der amtlichen Statistik gerechnet werden. - Auf die Fragen von Prof. Wagenführ und Dr. Krengel nach der bereits mehrfach angekündigten Veröffentlichung über die Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weist Frl. Dr. Bartels mit Bedauern darauf hin, daß diese Arbeit immer wieder an Personalknappheit scheitere. Dies gilt auch für die von Dr. Raabe angeregte Herausgabe eines Handbuches mit den wichtigsten durchlaufenden Reihen.

Der Ausbau des Bereiches der Einkommens- und Vermögensstatistiken wird von Dr. Knolle besonders begrüßt, der auf diesem Gebiet eine gewisse Koordinierung der Veröffentlichungen über verschiedene Statistiken (z.B. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und Mikrozensus) empfiehlt. Er bittet außerdem, dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die Ergebnisse der für die EWG-Kommission durchgeführten Untersuchungen zur Frage der Einkommensschichtung zur Verfügung zu stellen. Besonderes Interesse bestehe im Augenblick an der Einkommensschichtung der Rentnerhaushalte. Die Arbeiten an der von Dr. Raabe dringend gewünschten Aufteilung der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechneten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind im Gange. Mit ersten Ergebnissen ist evtl. Ende d.J. zu rechnen.

In Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums wurde u.a. noch kurz auf die Revision der Wirtschaftszweigsystematik, den Fragebogen der EWG über Bilanzen, die Behandlung der Stücknotiz im Index der Aktienkurse, die verschiedenen Konzepte bei der Darstellung der Güterströme in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den Preisindex für Haushalte mit höherem

Einkommen, die statistische Erfassung von Ersparnis und Vermögen usw. eingegangen.

2. Rechtsgrundlagen

Dr. Szameitat verweist auf den im Amtsbericht gegebenen Überblick über den Stand der Rechtsgrundlagen, der durch den weiteren Fortgang der Gesetzgebungsprozedur und die Verkündung neuer Rechtsgrundlagen (u.a. Vorbereitungsgesetz zur Volkszählung 1970) bereits teilweise überholt ist. Besonders zu erwähnen ist die Einfügung eines neuen § 15a in das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke durch das Gesetz über die EWG-Agrarstrukturerhebung vom 23. Dezember 1966. Hierdurch sind - gewissermaßen als "Vorgriff" auf die Novelle zum StatGes - innerdeutsche Vorschriften über die Verletzung der Auskunft- und Geheimhaltungspflicht auf alle EWG-Statistiken erstreckt worden. Der vom Beirat eingesetzte Arbeitskreis für Rechtsfragen der Statistik wird in Kürze zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Diskussion über einige Grundsätze und Richtlinien für die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen in der Bundesstatistik und die Novellierung des StatGes, die, wie der vorher genannte ungewöhnliche Ausweg zeigt, immer dringlicher wird.

3. Beirats- und Fachausschußarbeit

Dieser Punkt dient, wie Dr. Szameitat erklärt, lediglich der Information der Beiratsmitglieder. Neu gegenüber früheren Berichten ist der Abdruck eines Tagungskalenders der Beiratsgremien für das laufende Jahr, der den Tagungsteilnehmern die Terminplanung erleichtern soll.

4. Rationalisierung der Statistik

Präsident Schmidt erinnert einleitend daran, daß der Beirat sich nunmehr zum vierten Male hintereinander mit diesem wichtigen Thema befaßt. Auf der angekündigten Herbsttagung des Beirats werden bei der Diskussion des Gutachtens von Dr. Fürst ebenfalls Fragen der Rationalisierung der Statistik angesprochen werden. Bei allen Bemühungen sollte jedoch nicht übersehen werden, daß die Statistiker lediglich mit Vorschlägen auf methodischem Gebiet aktiv in das Geschehen eingreifen können, während alle Fragen des Erhebungsprogramms in die Zuständigkeit der auftraggebenden Ressorts fallen.

Anschließend berichtet Herr Sobotschinski zusammenfassend über das Ergebnis der letzten Untersuchungen zur Rationalisierung der Industrieberichterstattung. Es hat sich herausgestellt, daß der Übergang auf ein erweitertes Abschneideverfahren (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten mit ergänzender Aufschätzung auf Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) für die Industrie im Bundesgebiet insgesamt bei den Standardmerkmalen (Beschäftigte, Löhne und Gehälter, geleistete Arbeiterstunden und Umsatz) ohne weiteres möglich ist. Nicht vertretbar ist dieses Verfahren dagegen insbesondere für die Energiefragen, da es hier zu unsicheren Ergebnissen und Störungen im Zeitvergleich führen könnte. Da man zur Zeit nicht geneigt ist, auf Bundes- und Länderergebnisse für alle bisher erhobenen Tatbestände und Merkmale zu verzichten, wird vorläufig das bisherige Verfahren beibehalten werden müssen. Die weiteren Rationalisierungsbemühungen sollten sich daher zunächst stärker der Überprüfung des monatlichen Merkmalskatalogs, evtl. Vereinfachungen hinsichtlich der Periodizität und einer Straffung der wirtschaftssystematischen Gliederung zuwenden.

In der Diskussion bedauert es Dr. Peckolt sehr, daß sich die begründeten Hoffnungen auf einen Übergang zu einem verkleinerten Berichtskreis zerschlagen haben, und daß die Rationalisierungsbemühungen damit bereits in der ersten Stufe stecken geblieben sind. Er gibt einen Rückblick auf die bisherigen Initiativen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie auf diesem Gebiet und bittet, nach weiteren Möglichkeiten der Rationalisierung zu forschen. Auf die weiterhin notwendige Bereitstellung von Informationen über die Ernährungsindustrie wird von Herrn Hix hingewiesen, der z.B. die Frage des Übergangs auf ein Stichprobenverfahren, eine Änderung der Periodizitäten sowie eine gewisse systematische Straffung für überlegenswert hält. Dr. Nellessen bedauert das bisherige Ergebnis dieser Aktion ebenfalls sehr und stellt fest, daß es sich hier um ein erneutes Beispiel dafür handelt, daß die Bemühungen der Statistiker um eine Rationalisierung der Statistik an Verhältnissen gescheitert sind, auf welche die Statistiker keinen Einfluß haben. Er bezweifelt u.a. daß die Länder unbedingt auf monatliche kreisweise Ergebnisse für den gesamten Merkmalskatalog Wert gelegt hätten. Hierzu weist Dr. Raabe darauf hin, daß im Länderausschuß "Statistik" beim Bundesministerium für Wirtschaft einige Länder ihr dringendes Interesse an monatlichen Kreisergebnissen für Industriezweige geäußert hätten.

Die Länderausschußsitzung führte u.a. zu der einstimmigen Empfehlung aller Landeswirtschaftsministerien, im Augenblick von einer Umstellung des Berichtskreises bei der Industrierichterstattung abzusehen. Dr. Raabe schlägt daher vor, den gesamten Komplex im Zusammenhang mit der Novellierung des Industriestatistischen Gesetzes zu überprüfen. Wenn das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden soll, müßten dem Bundesministerium für Wirtschaft im Juli/August 1967 die Vorschläge des Statistischen Bundesamtes zugeleitet werden, damit die Gesetzgebungsprozedur Anfang 1968 eingeleitet werden kann. Im Hinblick auf die noch zu lösenden Probleme (wobei sich u.a. auch Rückwirkungen auf die Gesamtrechnungen ergeben) und die außerordentlich angespannte Personallage in der "Industriestatistik" wird das Statistische Bundesamt, wie Herr Sobotschinski bemerkt, eine erste Ideenskizze allenfalls Ende August/Anfang September d.J. vorlegen können. Im weiteren Verlauf der Diskussion über neue Rationalisierungsmöglichkeiten wird auf eine evtl. Verzahnung der auf örtliche Einheiten abgestellten monatlichen Berichterstattung mit der jährlichen Unternehmenserhebung hingewiesen. Sowohl Dr. Raabe als auch Dr. Hüfner sind der Auffassung, daß im Augenblick an der (örtlichen) Erhebungseinheit des Industrierichts nichts geändert werden sollte. Eine auf dieser Basis vorgenommene bessere Verbindung zwischen monatlicher und jährlicher Statistik wird von Dr. Raabe befürwortet. Das Statistische Bundesamt wird daher prüfen, inwieweit durch eine Ausdehnung des Industrierichts auf nichtindustrielle Betriebe von Industrieunternehmen und eine zusätzliche Signierung der Industriebetriebe nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens die monatlichen Beschäftigten- und Umsatzdaten usw. zu einem Jahresergebnis für Unternehmen kumuliert werden können, so daß dann auf die Durchführung einer besonderen jährlichen Unternehmenserhebung verzichtet werden kann. Außerdem sollen im Zusammenhang mit der Novellierung des Industriestatistischen Gesetzes die vom Statistischen Bundesamt einleitend vorgeschlagenen weiteren Untersuchungen zur Rationalisierung der Industrierichterstattung vorgenommen werden.

II. Vorschau auf die größeren Zählungen im Zeitraum 1968 bis 1972

Mit der Vorschau im vorliegenden Amtsbericht sollte, wie Dr. Szameitat erläutert, an den langfristigen Zeitplan (1967/82) des vorjähri-

gen Berichts angeknüpft werden. Der Versuch des Statistischen Bundesamtes, die großen Zählungen, bei denen das Schwergewicht der Arbeiten und Kosten liegt, unter weitgehender Berücksichtigung der sachlichen, methodischen und organisatorischen Zusammenhänge über einen längeren Zeitraum zu verteilen, hat bei den beteiligten Stellen allgemeine Zustimmung gefunden. Da jedoch konkrete Beschlüsse über die zahlreichen Großzählungen für einen so langen Zeitraum nicht zu erwarten sind, wurde die Planung nunmehr in etwas konkretisierter Form zunächst auf die Jahre 1968/72 beschränkt. Dabei wurden alle großen allgemeinen Zählungen und Bereichszählungen einbezogen, die sich zeitlich um das Volkszählungswerk 1970 gruppieren. Von besonderer Bedeutung erscheint jetzt die Frage nach dem Stand der Beratung der einzelnen Zählungen und nach der Wahrscheinlichkeit ihrer Durchführung. Leider sind die Beratungen auf einigen Gebieten noch nicht so weit fortgeschritten wie es für die weitere Arbeit der Statistischen Ämter wünschenswert wäre. Erfreulicherweise ist die Volks- und Berufszählung 1970, mit der eine Arbeitsstättenzählung verbunden wird, bei der Beratung des inzwischen verkündeten Vorbereitungsgesetzes im Innenausschuß des Bundestages nachdrücklich befürwortet worden. Sie ist daher als relativ gesichert anzusehen. Sehr schwierig ist die Situation dagegen bei der Wohnungszählung 1968, da der Bundesrat dem Gesetzentwurf nur mit der Maßgabe zugestimmt hat, daß sich der Bund an den Kosten der Länder und Gemeinden beteiligt. Im Falle einer Einigung kann mit dem Beschluß des Gesetzes bis September/Oktober 1967 gerechnet werden. Bei einer evtl. Anrufung des Vermittlungsausschusses würde sich dieser Termin jedoch auf Februar/März 1968 verschieben. Insbesondere für die Statistischen Landesämter ergibt sich daher die Frage, ob der zuletzt genannte Termin für die rechtzeitige und ordnungsgemäße Vorbereitung der Zählung noch tragbar ist oder ob man sich schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen sollte, die Zählung auf Anfang 1969 oder gar auf 1970 (Übernahme in das Volkszählungswerk) zu verschieben. Von den Bereichszählungen sind der Zensus für das Produzierende Gewerbe einschließlich der Handwerkszählung sowie die Handels- und Gaststättenzählung, die auch seinerzeit die Zustimmung des Interministeriellen Ausschusses gefunden hatten, für das Jahr 1968 vorgesehen. Bei einer kürzlichen Ressortbesprechung sind jedoch gewisse Bedenken gegen die gleichzeitige Durchführung geäußert worden, die möglicherweise zu einer Festlegung von Prioritäten führen könnten. - Die gegenwärtige Tendenz zur Verschiebung mehrerer Zählungen und die Gefahr einer Zusammenballung grö-

Berer Vorhaben im Zeitraum um 1970 - in diesem Zusammenhang wird auch an die für 1971 geplante Landwirtschaftszählung mit daran anschließenden Nacherhebungen erinnert - bereitet insbesondere im Hinblick auf die erwünschte Beschleunigung der Ergebnisherstellung durch die Statistischen Ämter einige Sorgen.

In der Diskussion über den Zeitpunkt der Wohnungszählung wird von den Amtsleitern überwiegend festgestellt, daß im Hinblick auf die Vorbereitungsarbeiten, zu denen u.a. eine Gebäudevorerhebung in den Städten gehört, eine Zählung im Jahre 1968 nicht möglich ist, wenn das Gesetz erst im Februar/März 1968 vorliegt. Dr. Hüfner und Dr. Schon glauben die Zählung auch in diesem Fall im Oktober 1968 durchführen zu können. Herr Klein beurteilt die Möglichkeit für ein früheres Vorliegen des Gesetzes positiv, während nach Auffassung von Dr. Blatzheim mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses zu rechnen ist. Für den Fall einer notwendigen Verschiebung der Zählung gehen die Meinungen der Amtsleiter über den neuen Zählungstermin auseinander. Dr. Hüfner, Herr Katsch, Dr. Schon und Dr. Boustedt sprechen sich für das Jahr 1969 aus, um die Zusammenballung mit dem Volkszählungswerk 1970 mit all ihren Konsequenzen (insbesondere Verzögerungen in der Fertigstellung der Ergebnisse) zu verhindern. Dr. Schon würde aus diesem Grunde notfalls eine Verschiebung bis 1973 in Kauf nehmen. Dr. Nellesen, Herr Sachse und Dr. Raab würden dagegen ein Zusammenlegen der Wohnungszählung mit der Volkszählung 1970 vorziehen, weil den Gemeinden nicht zugemutet werden kann, in zwei aufeinander folgenden Jahren einen so umfangreichen Zählerapparat aufzubauen. Auf die damit verbundenen Schwierigkeiten wird auch von Prof. Gunzert hingewiesen, der andererseits jedoch auch vor einer Überforderung des Zählerapparates durch ein Zusammenlegen der beiden großen Komplexe warnt. Dr. Szameitat stellt hierzu abschließend fest, daß alles versucht werden sollte, die Wohnungszählung im Jahre 1968 durchzuführen. Andernfalls hat sich die Mehrzahl der Amtsleiter offensichtlich für ein Ausweichen auf Frühjahr 1969 ausgesprochen, so daß der Übergang auf 1970 als letzte Möglichkeit ins Auge zu fassen wäre. In diesem Fall müßte wahrscheinlich mit einer starken Einschränkung des Programms gerechnet werden. Im übrigen werden die vom Statistischen Bundesamt geschätzten Kosten von Dr. Werber in Zweifel gezogen, da s.E. 61 Mill. DM nicht ausreichen. Zunächst sollen die Ergebnisse der Kalkulationen der Statistischen Landesämter

abgewartet werden. Wie Dr. Schon berichtet, weichen hier allerdings die Ansätze der einzelnen Ämter relativ stark voneinander ab.

Für den Zensus im Produzierenden Gewerbe, der mit der Handwerkszählung als eine Einheit anzusehen ist, kommt, wie Dr. Raabe ausführt, nach dem im Industriestatistischen Gesetz vorgesehenen Wiederholungsturnus, 1968 als letztmögliches Erhebungsjahr in Frage. Von seiten der Landesamtsleiter werden gegen die vom Bundesministerium für Wirtschaft vorgesehene Aufgliederung der Wareneingänge nach Warengruppen und gegen die zentrale Aufbereitung dieser durch eine Rechtsverordnung anzuordnenden Erhebung keine Einwände erhoben. Für diese Zählungen wie für die Handels- und Gaststättenzählung 1968 wird zur Zeit der Kabinettsbeschuß über die Rechtsgrundlagen im Umlaufverfahren vorbereitet. Mit dem ersten Durchgang im Bundesrat ist evtl. noch vor der Sommerpause zu rechnen.

Zu der vom Bundesministerium des Innern aufgeworfenen Frage der beschleunigten Auswertung von Erhebungsergebnissen führt Dr. Szameitat einleitend aus, daß der relativ späte Anfall erster Tabellen aus der letzten Volkszählung gezeigt habe, daß man sich mit diesem Problem befassen müsse. Zu den Verbesserungsmöglichkeiten zählt die Gesamtplanung von Großzählungen mit Hilfe von Ablaufdiagrammen ebenso wie die Einführung eines repräsentativen Befragungsteils bei der Volkszählung 1970, die Modernisierung der Datenerfassung (u.a. automatische Lesegeräte) und der Einsatz leistungsfähigerer Datenverarbeitungsgeräte mit automatischer Fehlerbereinigung. Es besteht die Absicht, für die hiermit zusammenhängenden und weiteren Arbeiten einen gemeinsamen Arbeitskreis der Fachreferenten und der Maschinellen Aufbereitung zu bilden, der selbstverständlich auch den Beiratsmitgliedern zur Mitarbeit offen steht. Dr. Hüfner warnt unter Hinweis auf den Einsatz neuer Maschinen bei der letzten Volkszählung vor einer zu optimistischen Beurteilung der Möglichkeiten. Außerdem sei zu befürchten, daß die Haushaltslage auch bei der kommenden Zählung eine Streckung der Mittel erfordern werde. Dr. Wegner stellt die Frage, ob die Schwierigkeiten zwangsläufig so groß sind, daß derartige Verzögerungen wie bei der Volkszählung 1961 unabwendbar sind. Prof. Wagenführ erinnert an die zahlreichen vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen vorläufigen Ergebnisse, auf die in der Öffentlichkeit allerdings stärker hingewiesen werden sollte. Nach Ansicht von Dr. Schon werden die inzwischen mit der Elektronik gesammelten Erfahrungen dazu beitragen, die Aufbe-

bereitung der kommenden Zählung zu beschleunigen. Dr. Szameitat hält es für erreichbar, daß die ersten Tabellengruppen des Sofortprogramms nach etwa 15 bis 18 Monaten vorliegen, wobei man erste Eckdaten sogar noch früher erwarten könnte.

III. Vorbereitung des Zählungswerkes 1970

Dr. Szameitat berichtet, daß das Konzept des Zählungswerkes 1970 bereits bei der vorjährigen Beiratstagung diskutiert und vom Beirat grundsätzlich als zweckmäßig anerkannt worden sei. Hierzu gehören die Aufteilung der Zählung in einen totalen und einen repräsentativen Erhebungsteil, der Einsatz automatischer Lesegeräte und die Anwendung moderner zeit- und kostensparender Methoden, wie z.B. automatischer maschineller Korrekturen. Als Orientierungsmittel für den Gesamtablauf des Zählungswerkes soll u.a. ein Ablaufdiagramm dienen, das in einem ersten Entwurf dem Amtsbericht beigegeben ist. Um die Aufbereitung in einer angemessenen Zeit bewältigen und die Ergebnisse früher als bei der letzten Zählung bereitstellen zu können, darf das Zählungsprogramm nicht überlastet werden. Der Zeitplan für die weiteren Vorbereitungsarbeiten muß danach ausgerichtet werden, daß das Zählungsgesetz bereits im Frühjahr 1969 beschlossen sein muß, wenn die Zählung im Jahre 1970 durchgeführt werden soll. Das bedeutet, daß der Gesetzesentwurf noch vor der Sommerpause 1968 vom Kabinett verabschiedet werden muß. Hieraus folgt, daß bereits im Herbst 1967 mit den Beratungen über den Entwurf des gesamten Zählungsprogramms begonnen werden muß. Wegen der Bedeutung des Zählungswerkes erscheint es zweckmäßig, hierfür - wie bei den früheren Großzählungen - einen besonderen Arbeitskreis einzusetzen, der Ende September/Anfang Oktober 1967 zu einer ersten Beratung des Gesamtprogramms zusammentreten soll. Dem Arbeitskreis werden außer den Vertretern des Statistischen Bundesamtes angehören:

die Bundesministerien

des Innern (Dr. Wegner)

für Wirtschaft (Dr. Raabe oder Dr. Langenfeld)

für Arbeit und Sozialordnung (ein Vertreter von Dr. Knolle)

sowie von Fall zu Fall die Bundesministerien
der Finanzen

für Wohnungswesen und Städtebau

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

die Statistischen Landesämter von
Hamburg (Dr. Boustedt)
Nordrhein-Westfalen (Dr. Schon)
Hessen (Dr. Hüfner)
Bayern (Zopfy)

die kommunalen Spitzenverbände
Städtetag (Dr. Buhrow)
Gemeindetag (Cholewa)

Unter Hinweis auf die Verkündung des Vorbereitungsgesetzes zur Volkszählung berichtet Dr. Schubnell anschließend über die im Mai 1967 stattfindende 3. Probeerhebung, bei der in allen Bundesländern in rd. 30 000 Haushalten der Maximalkatalog geprüft wird, in den auch die voraussichtlich repräsentativ zu erhebenden Merkmale einbezogen sind. Dabei werden vier Vergleichsserien mit vier verschiedenen Erhebungsbogen erprobt. Für Oktober oder November 1967 ist dann die 4. Probeerhebung vorgesehen, bei der erstmals das Zusammenspiel der einzelnen Zählungsteile und die Pendlererfassung getestet werden. Die Beratungen des Fachausschusses "Bevölkerungsstatistik" Ende April d.J. haben ergeben, daß aufgrund der Anforderungen aus dem nationalen und dem internationalen Bereich bei der kommenden Zählung mehr und sehr viel kompliziertere Fragen als bei früheren Zählungen gestellt werden müßten, und daß die Ergebnisse möglichst auch für eine weitgehende regionale Gliederung ermittelt werden sollten. Diese Forderungen sind naturgemäß nur teilweise mit dem im Grundsatz bereits angenommenen Zählungskonzept zu vereinbaren, das für einen großen Teil der Fragen eine repräsentative Erhebung mit einem Auswahlatz von 10 % vorsieht. Die Gründe für die Trennung der Erhebung in einen totalen und einen repräsentativen Teil waren die Erweiterung und Komplizierung der Fragestellung, die Notwendigkeit schnellere und bessere Ergebnisse zu erhalten sowie die Entlastung der Bevölkerung, der Zähler und der Aufbereitungsorganisation. Außerdem würde eine totale Zählung mit mittlerem Programm Mehrkosten in einer Größenordnung von 40 Mill. DM verursachen.

Insbesondere waren es drei Fragenkomplexe, bei denen die gestellten Forderungen sich nicht durch eine repräsentative Erhebung erfüllen lassen: die wirtschaftssystematische Gliederung, die berufliche Gliederung und die bildungsstatistischen Fragen. Dr. Schubnell erläuterte

an Beispielen die im Fachausschuß, anderen Gremien auf Länderebene und von einzelnen Konsumenten schriftlich gestellten Forderungen. Die bisherigen Beratungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß bei Erfüllung der maximalen regionalen Anforderungen kein Merkmal für eine repräsentative Erfassung in Frage kommt, d.h. das gesamte Programm wieder total erhoben werden müßte. Ein ebenfalls vorgebrachter Kompromißvorschlag, total zu erheben und repräsentativ aufzubereiten, ist aus verschiedenen Gründen (z.B. erhöhte Kosten für die Erhebung, keine Entlastung der Bevölkerung und der Gemeinden, Ungenauigkeit der Ergebnisse) als unzweckmäßig und unökonomisch abzulehnen.

Das Statistische Bundesamt wird nunmehr noch einmal mit den Konsumenten im einzelnen verhandeln, die Forderungen abwägen und ein auf die Dringlichkeit und die zu erwartenden Mittel abgestimmtes realistisches Programm aufstellen. Zu einem positiven Ergebnis hat bereits die Abstimmung mit dem Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte geführt, das auf über ein Drittel der ursprünglich vorgesehenen Tabellen verzichtet hat. Auch wurde klargestellt, daß die Vertriebenen usw. nur im repräsentativen Zählungsteil ermittelt werden. Demgegenüber müssen die Pendler, und zwar nach der "Grundstücksdefinition", total erfaßt werden. Außerdem besteht Klarheit, daß die Bevölkerung auch bei der kommenden Zählung nach dem bisherigen Wohnbevölkerungsbegriff erfaßt wird.

In der Diskussion gibt Dr. Raabe seiner Überraschung Ausdruck über die zahlreichen regional aufgegliederten Anforderungen nach Fragestellungen bzw. Ergebnissen ökonomischer Natur, die ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Bundesministerium für Wirtschaft vorgebracht worden sind. Die umfassende Bekanntgabe der Konsumentenwünsche wird von Dr. Hüfner wie auch von Prof. Gunzert begrüßt, der darauf hinweist, daß nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und Städte legitime wirtschaftspolitische Interessen zu vertreten hätten. Gerade die Städte, die den unangenehmsten Teil des Zählungsgeschäfts zu tragen haben, sind naturgemäß an einem Äquivalent interessiert.

Dr. Knolle sieht es als vordringlich an, bei der kommenden Großzählung in möglichst kurzer Zeit zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen. Es sei daher erforderlich, sich zu bescheiden und weitgehend auf repräsentativer Grundlage vorzugehen. Prof. Wagenführ hält es für notwendig, im einzelnen zu prüfen, ob es angemessen ist, die Forderungen im Rahmen einer Volkszählung und unter Verwendung der hierfür zur Ver-

fügung stehenden Haushaltsmittel zu erfüllen oder ob man nicht auch andere Erhebungen heranziehen könnte. Von Dr. Blatzheim wird auf den bei der Vorplanung festgelegten Kostenrahmen hingewiesen, aus dem sich automatisch die Grenzen des Zählungsprogramms ergeben. Auch Dr. Wegner bittet, die materiellen Grenzen zu sehen, innerhalb deren man versuchen müsse, zu einer Abstimmung der von den verschiedenen Ebenen herangetragenen Wünsche zu gelangen. Um den Gemeinden, vor allem den Städten, die an weitergehenden regionalstatistischen Ergebnissen interessiert sind, als sie mit dem vorgesehenen totalen und repräsentativen Programm gewonnen werden können, derartige Unterlagen zu verschaffen, entwickelt Dr. Schubnell den Vorschlag, im Zusammenhang mit den total zu erhebenden Pendlerangaben auf diesem Teil des Fragebogens zusätzliche regionalstatistische Fragen zu stellen, die dann allerdings nicht für alle 24000 Gemeinden, sondern nur für diejenigen - vor allem Städte - aufzubereiten wären, die in der Lage sind, sie zu analysieren und für Verwaltungszwecke auszuwerten. Dieser Programmteil könne bei der Aufbereitung allerdings nur dritte Priorität haben. Der Vorschlag wurde als evtl. Lösungsmöglichkeit zur Kenntnis genommen, sollte aber erst dann diskutiert werden, wenn feststeht, welche Ergebnisse in welcher regionalen Gliederung aus dem totalen und dem repräsentativen Teil ohnehin anfallen. Präsident Schmidt stellt abschließend fest, daß vom Statistischen Bundesamt aufgrund der schriftlich und in Diskussionen gestellten Forderungen zunächst einmal das Ausmaß der von allen Seiten herangetragenen Wünsche habe gezeigt werden müssen. Selbstverständlich soll im Rahmen des Möglichen und Vertretbaren den Wünschen der Gemeinden, deren Anteil an den Volkszählungsarbeiten er zu würdigen wisse, Rechnung getragen werden. Das darf jedoch nicht dazu führen, auf die vorgesehene wesentliche Kosten ersparende 10 %-Stichprobe für einen Teil der Fragestellungen zu verzichten. Auch soll das zeitliche Moment nicht außer acht gelassen werden, da den Gemeinden mit nicht mehr aktuellen Ergebnissen nicht gedient ist. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß eine Volkszählung nicht so sehr speziellen Zwecken dient als vielmehr in erster Linie auf eine allgemeine Unterrichtung abgestellt ist. Präsident Schmidt bittet daher, die Arbeiten in diesem Sinne weiterzuführen, Vorschläge zu unterbreiten, die sich im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel halten, und dabei auch zu prüfen, in welcher Zeit die Ergebnisse im einzelnen vorliegen können. Mit diesen Fragen habe sich dann auch der heute gebildete Arbeitskreis zu befassen.

IV. Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Fräulein Dr. Bartels verweist auf den Text im Amtsbericht. Auf die Frage von Dr. Raabe nach dem dort erwähnten "Ausbau der Berichterstattung über den Auftragseingang" wird mitgeteilt, daß für die Arbeiten des Sachverständigenrats auch Informationen über die Auftragsbestände von Nutzen wären. Dr. Krengel erinnert daran, daß dies und der ebenfalls genannte Ausbau der Lagerstatistik auch ein echtes Anliegen der Institute seien.

V. Mitarbeit in nationalen Organisationen und Ausschüssen

Hierzu wird ebenfalls auf den Text im Amtsbericht verwiesen. Zu der dort erwähnten Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in verschiedenen Gremien beim Bundesministerium der Finanzen wird von Herrn Hansen ergänzend bemerkt, daß etwa im August/September d.J. im Arbeitskreis "Methodik und Systematik der Finanzstatistik" über das Ergebnis dieser Tagungen berichtet werden wird.

VI. Beteiligung an der internationalen Arbeit

Besondere Unterlage:

Bericht über die 14. Plenarsitzung
der Konferenz Europäischer Statistiker
im Oktober 1966

Unter Hinweis auf den Überblick über die zusätzliche Belastung des Statistischen Bundesamtes durch Teilnahme an internationalen Tagungen und die damit verbundenen Arbeiten erklärt Fr. Dr. Bartels, daß seit der Abfassung des Amtsberichts (Anfang Februar 1967) schon wieder über 40 internationale Sitzungen stattgefunden haben. In der kommenden Woche findet die nächste Konferenz der Leiter der Statistischen Zentralämter in der EWG statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stehen die Arbeiten an den Nomenklaturen auf Gemeinschaftsebene, das Gemeinschaftssystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Industriestatistik, eine Stichprobenerhebung über die Arbeitskräfte, die "Sozialkonten" im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Mitgliedstaaten, Fragen des Basisjahres und die Berichte über den Stand der einzelnen Arbeiten. Das Bundesamt hat außerdem das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften um eine Übersicht über die in den nächsten Jahren zu erwartenden Zuschüsse gebeten, da das Personalproblem nur bei einigermaßen regelmäßig fließenden Beträgen zu lösen

sei. Einzelheiten des Programms werden auf der bevorstehenden Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik besprochen werden. Zu Fragen der Statistik der Sozialausgaben und ihrer Finanzierung wird dort der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung berichten. Der ersten europäischen Bevölkerungskonferenz 1966 in Straßburg soll auf Beschluß des Ministerrates im Jahre 1970 eine zweite Konferenz folgen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat auf einer Sitzung Anfang Mai d.J. ein Schwerpunktprogramm ausgearbeitet.

B. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik

Der Arbeitskreis für Fragen der mathematischen Methodik hat, wie Dr. Szameitat ausführt, nach längerer Pause im März d.J. getagt. Mit Fragen der Zeitreihenanalyse wird sich eine besondere Arbeitsgruppe befassen. U.a. werden das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut von Prof. Wagenführ sowie das Bundesministerium für Wirtschaft vertreten sein, auf dessen Wunsch sich die Arbeitsgruppe insbesondere auch mit der Möglichkeit der Ausschaltung von konjunkturellen Einflüssen beschäftigen soll. Eine weitere Arbeitsgruppe, in der vor allem Vertreter von Statistischen Landesämtern mitarbeiten werden, soll sich mit Untersuchungen über den systematischen Fehler und den Gesamtfehler statistischer Ergebnisse befassen. Die Arbeiten der Allgemeinen Auslandsstatistik haben bei den zahlreichen interessierten Stellen weiterhin zunehmendes Interesse gefunden. Allein wegen der Bedeutung dieser Arbeiten für die Entwicklungshilfe soll die ohnehin knappe Arbeitskapazität des Amtes nicht zugunsten anderer Aufgaben verringert werden. Zur besseren Ausschöpfung der Quellen empfehlen sich, wenn irgend möglich, Besuche in den Berichtsländern. Im Arbeitskreis "Allgemeine Auslandsstatistik" wurden im März d.J. insbesondere Fragen des Arbeitsprogramms 1967/68 für Länderberichte und Länderkurzberichte besprochen. Die beiden Berichtsarten werden mit etwa gleicher Priorität weitergeführt werden. Bei den Länderberichten wird zur Zeit mit Schwerpunkt an einem Heft mit Daten über die Comecon-Verflechtung gearbeitet. Auf dem Gebiet der Maschinellen Aufbereitung wurde im Berichtsjahr mit der Umrüstung der Datenverarbeitungsanlagen beim Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern auf Geräte mit Magnetbandtechnik (IBM 360) begonnen.

Das besondere Problem war dabei die Einheitlichkeit der Ausrüstung in allen Ämtern, da nur dann die aus arbeitsmäßigen Gründen notwendige einheitliche, gemeinsame Programmierung beibehalten werden konnte. Hand in Hand laufen damit intensive Bemühungen um einen verbesserten Einsatz der Elektronik durch ein System automatischer Korrekturen, den Einsatz von automatischen Lesegeräten und die Ausarbeitung von Gesamtablaufplänen. Ein Arbeitsplan für die weitere Verbesserung und Beschleunigung der Arbeiten soll in diesem Jahr im Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung diskutiert werden. Über das Ergebnis dieser Arbeiten wird auf der Beiratstagung im Frühjahr 1968 berichtet werden.

II. Allgemeine fachliche Fragen der Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Frl. Dr. Bartels weist darauf hin, daß auf dem Gebiet der Systematiken die internationalen Arbeiten an einer Revision der Wirtschaftszweig-systematik im Hinblick auf die kommenden Großzählungen in der nächsten Zeit besonderes Gewicht erhalten. Die Verzögerung der Arbeiten am industriellen Warenverzeichnis für die Europäischen Gemeinschaften (NIPRO) schiebt auch die grundlegende Revision des deutschen industriellen Warenverzeichnisses und die geplanten Arbeiten an einer Warengrundliste, die zu einer besseren Koordinierung aller Warensystematiken verhelfen soll, hinaus. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die sowjetische Besatzungszone über eine sog. Warengrundliste verfügt, deren Kenntnisnahme empfohlen wird. Bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (siehe hierzu auch unter Ziff. A I 1 des Protokolls) deckt sich der beim Amt bestehende Zeitplan für die Berechnungen und Veröffentlichungen leider nicht immer mit den Wünschen der Konsumenten. Die - allerdings sehr begrenzten-Möglichkeiten, den Zeitplan zu ändern, werden geprüft. Umgekehrt könnte evtl. auch der Terminplan der Konsumenten in gewissen Fällen, wie z.B. bei den ersten vorläufigen Sozialproduktberechnungen, besser auf die Möglichkeiten der Statistik abgestellt werden. Zusätzliche Aufgaben von deutscher Seite werden auf das Statistische Bundesamt durch die vom Bundesministerium für Wirtschaft gewünschte Aufstellung der von ihm benötigten langen Reihen und der Zeitreihenanalyse zukommen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bekundet erneut sein Interesse an industriestatistischen langen Reihen mit Ergebnissen einschließlich Berlin (West) und Saarland. Die Beteiligung an den internationalen Arbeiten mußte aus arbeitsmäßigen Gründen eingeschränkt werden. Besonders bedauert wird

von seiten des Beirats die fehlende Beteiligung der Bundesrepublik an den wichtigen Arbeiten des Vergleichs westlicher und östlicher Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Anschluß an die internationalen Arbeiten nicht verloren geht. Mit den Vorschlägen des SAEG für die gemeinsamen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kommen auf das Statistische Bundesamt starke zusätzliche Belastungen zu, da neben umfassenden Neuberechnungen und zahlreichen Umrechnungen in vielen Fällen erst einmal das Grundlagematerial verbessert werden muß. Weitere neue Aufgaben werden sich für das Amt auch durch die mittelfristigen Vorausschätzungen der EWG in konstanten und jeweiligen Preisen ergeben. In der Kostenstrukturstatistik ist, wie im Amtsbericht dargestellt, eine Änderung des Veröffentlichungssystems vorgesehen. Großes Interesse wurde auch dieses Mal wieder an einer Veröffentlichung der für Zwecke der Sozialproduktsberechnung hochgerechneten Kostenstrukturdaten angemeldet. - Zu der Anregung, mit der Erfassung der Arbeitszeit der Hausfrau auch einmal andere Bereiche des Wirtschafts- und Soziallebens statistisch zu durchleuchten, wird festgestellt, daß es noch verfrüht erscheint, diese problematischen Untersuchungen in den Bereich der amtlichen Statistik einzubauen.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Die auf diesem Gebiet besonders starken Bemühungen der EWG um eine Integration der Statistik in den einzelnen Mitgliedsstaaten galten, wie Dr. Dennukat berichtet, im Berichtsjahr vor allem der Vorbereitung und Durchführung der Agrarstrukturerhebung. Nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen in Brüssel, die den kleinen Mitarbeiterstab stark beanspruchten, konnte die Grunderhebung in der Bundesrepublik in der Zeit von Dezember 1966 bis März 1967 durchgeführt werden. Außerdem sind bis 1969/70 noch einige Sondererhebungen mit noch nicht festliegenden Programmen vorgesehen. Das EWG-Tabellenprogramm besteht aus einem Grundprogramm, einem Typisierungs- und einem Kombinationsprogramm. Das Konzept des Zusatzprogramms für nationale Zwecke soll in Kürze im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) und danach im Fachausschuß besprochen werden. Die Kosten für dieses Programm sind in der gemeinsamen Kostenschätzung des Statistischen Bundesamtes und der Landesämter mit enthalten. Die EWG-Programme werden nicht vor Juni d.J. vorliegen. Bei der Aufbereitung wer-

den neue Verfahren angewandt, indem - erstmalig in der Bundesstatistik - das Material weitgehend maschinell korrigiert wird. Bei der in Aussicht stehenden Integration weiterer Agrarstatistiken wird das BML bemüht sein, darauf hinzuwirken, daß diese Aufgabe, die wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Zwecken dient, mit einem Minimum an zusätzlicher Arbeit für die Bundesstatistik verbunden ist. Für die 1971 geplante Landwirtschaftszählung und ihre Nacherhebungen müssen in der Folgezeit Konzepte und Programme entworfen und mit den internationalen und supranationalen Anforderungen abgestimmt werden. Ob und wann eine neue EWG-Agrarstrukturerhebung stattfinden wird, ist noch nicht präzisiert.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

Herr Sobotschinski erklärt, daß das Schwergewicht der Arbeiten im Berichtszeitraum bei den kurz- und mittelfristigen Indikatoren gelegen hat. Auf dem Gebiet der Produktionsstatistik, die zu den meistgefragten amtlichen Statistiken gehört, werden die Produktionsindizes (Basis 1958) in Kürze nicht mehr manuell, sondern maschinell berechnet und dann auf das Basisjahr 1962 umgestellt werden. Das Ausgangsmaterial hierzu ist inzwischen zusammengetragen und der Maschinellen Aufbereitung zur Verfügung gestellt worden. Hierbei hat die Änderung des Gebietsstandes erhebliche Arbeit verursacht. Die neuen Indices werden voraussichtlich Anfang 1968 zur Verfügung stehen. Eine Rückrechnung auf den Gebietsstand Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) und Saarland kann aus arbeitsmäßigen Gründen zunächst nur bis 1960 erfolgen. Über die erforderliche Modernisierung der Eilberichts-Positionen wird im Laufe d.J. mit den Konsumenten verhandelt werden. Trotz erheblicher Bedenken (BMWi, Institute) wird es jedoch nicht möglich sein, die vorgesehenen neuen Reihen von Anfang an in den neuen Index einzubeziehen. Zu Kontrollzwecken werden die Indices für eine gewisse Zeit nebeneinander nach altem und neuem Schema berechnet werden. Zweifelsfragen an der Richtigkeit des derzeitigen Produktionsindex wird durch eine Kontrollrechnung an Hand des Materials der vierteljährlichen Produktionserhebung nachgegangen werden. Mit der Aufnahme der Arbeiten an der dringend notwendigen Umstellung des noch auf Basis 1954 berechneten Auftragseingangsindex ist aus personellen Gründen nicht vor Ende 1967 zu rechnen. Hierbei wird eine grundlegende methodische Überarbeitung des Index erforderlich. Zu der Absicht, ausgewählte

große Unternehmen über die Auftragseingänge vorab unmittelbar an das Bundesministerium für Wirtschaft melden zu lassen, wird von seiten der Statistischen Ämter auf den aus verschiedenen Gründen bewährten statistischen Berichtsweg hingewiesen. - Dem allgemeinen Wunsch, die Ergebnisse des Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967/68 schneller zur Verfügung zu haben als beim letzten Zensus, wird auch beim Einsatz der neuen Maschinen nur durch Beschränkung auf die wichtigsten Fragen und Verzicht auf verschiedene Unterteilungen entsprochen werden können. Bei der Ermittlung der Investitionen muß vor allem auf die Vergleichbarkeit mit den jährlichen Investitionserhebungen geachtet und gleichzeitig erreicht werden, daß die Ergebnisse mindestens für Unternehmen im Spätherbst des dem Berichtsjahr folgenden Jahres vorliegen. Die Vorbereitung des für die Handwerkszählung notwendigen Gesetzes bedarf einiger Beschleunigung, wenn die 1968 einsetzenden Erhebungsarbeiten nicht gefährdet werden sollen. Um die bei der letzten Zählung eingetretenen Schwierigkeiten zu vermeiden, sollen die Allgemeine Erhebung und die Stichprobenerhebung 1968 gleichzeitig durchgeführt werden, wobei der Zählung für die systematische und größenmäßige Zuordnung der Betriebe eine Karteiumfrage vorausgehen muß. Das vom Bayerischen Statistischen Landesamt vorgeschlagene Verfahren der Buchstabenauswahl wird aus methodischen Gründen als unzweckmäßig angesehen. (Zum Zensus im Produzierenden Gewerbe und zur Handwerkszählung siehe im übrigen auch das Protokoll zu Punkt A II der Tagesordnung.)

Bei den internationalen Verhandlungen um eine Harmonisierung der Industriestatistik im Bereich der EWG stehen zunächst die Jahresstatistiken im Vordergrund. Schwierigkeiten, die durch die unterschiedliche Abgrenzung (Trennung von Industrie und Handwerk in der Bundesstatistik) bestehen, werden weitgehend dadurch ausgeräumt, daß das Handwerk nach der einheitlichen Grundsystematik der Wirtschaftszweige gegliedert wird. Daneben wird für deutsche Zwecke auch eine Klassifizierung nach der Eintragung in die Handwerksrolle beibehalten.

Fragen der Neuordnung der Industrie- und Handwerksstatistik sowie der Rationalisierung der Industriestatistik wurden bei Punkt A I 1 und A I 4 der Tagesordnung erörtert (siehe die entsprechenden Protokollabschnitte).

V. Handels- und Verkehrsstatistik

Im Zuge der Weiterentwicklung der Außenhandelsstatistik sollen, wie Dr. Hanisch mitteilt, ab 1968 die Einfuhren probeweise nach Grenzüber-

gangsabschnitten aufbereitet werden, um gewisse Aufschlüsse über die Verkehrswege und evtl. Verkehrsverlagerungen nach dem vollständigen Abbau der Binnenzölle im EWG-Raum zu erhalten. Die weiteren Arbeiten auf diesem Gebiet hängen von der Bereitstellung von Haushaltsmitteln ab. Die statistische Erfassung des Warenaustausches innerhalb der EWG wird sich auch nach Abschaffung der Binnenzölle bis auf weiteres auf eine aus verschiedenen Gründen zunächst noch notwendige Überwachung der Binnengrenzen stützen können. Die angestrebte Harmonisierung der Außenhandelsstatistik in der EWG ist besonders schwierig, weil sie eine Angleichung des Zollrechts in den Mitgliedsstaaten voraussetzt. Soweit bei künftigen EWG-Verhandlungen über die Außenhandelsstatistik Fragen der Agrarwirtschaft berührt werden, wird das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hiervon Kenntnis erhalten. Um einen besseren Vergleich mit anderen Statistiken zu ermöglichen, wird die Interzonenhandelsstatistik ab 1966 jährlich weitgehend auch nach 3stelligen Positionen des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC) aufbereitet. Die Vorbereitungsarbeiten für die Grunderhebung zur Handels- und Gaststättenzählung 1968 (HGZ) sollen im Laufe des Sommers 1968 im zuständigen Arbeitskreis abgeschlossen werden. Bei der gleichzeitigen Durchführung mit dem Zensus für das Produzierende Gewerbe und der Handwerkszählung wird die HGZ vor allem mit der Handwerkszählung weitgehend verzahnt werden, so daß Doppelbefragungen sowie Doppelzählungen und Erhebungslücken vermieden werden können (siehe im übrigen auch das Protokoll zu Abschnitt A II der Tagesordnung). In der Verkehrsstatistik wird der Vergleich zwischen den einzelnen Verkehrszweigen ab 1968 durch einheitliche Anwendung einer neuen Gliederung des Bundesgebietes in Verkehrsbezirke und -gebiete verbessert werden. Durch Verlagerung der bisher manuell vorgenommenen "Kilometrierung" in der Binnenschiffahrtsstatistik auf die Maschine können die zuständigen Fachreferate in den Statistischen Landesämtern wesentlich entlastet werden. Die Ergebnisse der unter guter Beteiligung durchgeführten freiwilligen Grunderhebung zur Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen 1966/67 werden spätestens bis Ende 1967 vorliegen. Mit ersten Ergebnissen der Ergänzungserhebung ist ab August d.J. zu rechnen.

VI. Statistik der Preise, Löhne und Wirtschaftsrechnungen, des Wohnungs- und Sozialwesens

Herr Kunz gibt bekannt, daß die Umstellung der Preisindices auf Basis 1962 voraussichtlich bis Mitte 1967 abgeschlossen sein wird. Die vor-

gesehene Berechnung eines Preisindex für die Lebenshaltung einer gehobenen Arbeitnehmergruppe, die zunächst eine erweiterte Erhebung von Dienstleistungen voraussetzt, wird nach Möglichkeit im Jahre 1968 in Angriff genommen werden. In den ersten Monaten des Jahres 1967 haben sich beim Baupreisindex und beim Außenhandelspreisindex aus verschiedenen Gründen vorübergehende terminliche Schwierigkeiten ergeben. Von einem Mitglied des Beirats wird erneut auf die s.Z. in Aussicht gestellte regionale Gliederung der Baulandpreise hingewiesen. Die Anregung, versuchsweise einmal einen zweiten Erzeugerpreisindex für industrielle Produkte zu berechnen, in dem die Qualitätsverbesserungen nicht ausgeschaltet sind, dürfte, von der zusätzlichen Arbeitsbelastung abgesehen, auf methodische Schwierigkeiten stoßen. In der nächsten Zeit wird zu überlegen sein, wie der Übergang von der derzeitigen Umsatzbesteuerung auf das System der Mehrwertsteuer bei den Preisindices zu berücksichtigen sein wird. Auf dem Gebiet der Lohnstatistik ist die Antwortquote bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966 erfreulicherweise hoch gewesen, während es bei den Personalkostenerhebungen in der Industrie und im Straßenverkehrsgewerbe wegen der zu späten Unterrichtung der Befragten bzw. Überforderung der Vielzahl kleiner Unternehmen zu Schwierigkeiten gekommen ist. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ist an einer vorzeitigen Bekanntgabe der Lohn- und Gehaltsschichtungen für das Bundesgebiet insgesamt interessiert und erwartet außerdem aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 Ergebnisse über die Höhe der Ersparnis und über die Vermögensbildung. Es ist beabsichtigt, die nächste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Jahre 1969 durchzuführen. Unter Hinweis auf die bekannten Schwierigkeiten, die Einkommensverhältnisse der Landwirte mit Hilfe dieser Stichproben zu ermitteln, wird vom Bundesministerium für Wirtschaft eine entsprechende Erweiterung der landwirtschaftlichen Buchführungsstatistik vorgeschlagen. Im Bereich des Bau- und Wohnungswesens werden u.a. die Ergebnisse der Wohnungsdefizitberechnungen nicht mehr veröffentlicht werden. Sie stehen jedoch den Interessenten zur Verfügung. Um die Herausgabe der Ergebnisse aus der 1 %-Wohnungsstichprobe nicht zu verzögern, sollen in die Veröffentlichungen zunächst nur kurze textliche Erläuterungen - soweit zum Verständnis des Zahlenmaterials erforderlich - aufgenommen werden. Zusätzliche Kommentierungen können evtl. in "Wirtschaft und Statistik" folgen. Die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gewünschte Feststellung der Einkommensschichtung der Rentnerhaushalte aus dem

einkommensstatistischen Teil des Bundesfeinprogramms ist bis Herbst 1967 kaum möglich. Evtl. könnten diese Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 ermittelt werden. Fragen der Wohnungszählung 1968 wurden bei Punkt A II der Tagesordnung behandelt (siehe den entsprechenden Protokollabschnitt).

VII. Finanz- und Steuerstatistik

In diesem Arbeitsgebiet hat, wie Herr Hansen darlegt, im Berichtsjahr die Rationalisierung des internen Arbeitsablaufs stark im Vordergrund gestanden. Die Bundesergebnisse der Jahresrechnungsstatistik wurden erstmals auf der IBM 360 aufbereitet. Trotz der umfangreichen Programmierarbeiten werden die Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik 1965 etwa im Mai 1967 und die der Staatsfinanzstatistik im August 1967 vorliegen. Die Steuerstatistiken sollen ebenfalls so schnell wie möglich auf die neue Maschine umgestellt werden, die dann neben den Plausibilitätskontrollen auch die anfallenden Korrekturen durchführen kann. Dadurch und durch die wachsende maschinelle Veranlagung werden künftig auch die Ergebnisse der Steuerstatistiken schneller als bisher anfallen. Im Bereich der Geld- und Kreditstatistik ist die Neuberechnung des Aktienindex auf der Großrechenanlage ein weiteres Beispiel für die Anwendung rationeller Arbeitsmethoden. Die Haushaltsreform wird für die Finanzstatistik eine Fülle neuer Möglichkeiten erschließen, insbesondere im Hinblick auf eine bessere ökonomische Auswertung der öffentlichen Haushalte. Das Statistische Bundesamt ist an den Beratungen über die Haushaltsreform des Bundes und der Länder wie auch an den Verhandlungen über die Neugruppierung und -gliederung der kommunalen Haushalte beteiligt. Die hiermit zusammenhängenden Fragen sollen demnächst auch im Arbeitskreis "Methodik und Systematik der Finanzstatistik" erörtert werden. Die Notwendigkeit einer Personalstrukturuntersuchung im öffentlichen Dienst ist vom Innenausschuß des Bundestages bei seinem Besuch im Statistischen Bundesamt erneut betont worden. Der Ausschuß wird in Kürze darüber beschließen, ob der vom Bundesrat bereits zweimal abgelehnte Gesetzentwurf erneut als Initiativantrag im Bundestag eingebracht werden soll. Nach der Finanzstatistik ist nunmehr auch die Steuerstatistik durch ein Sammelgesetz geregelt. Die ersten vorläufigen Bundesergebnisse der aufgrund dieses Gesetzes durchgeführten Lohnsteuerstatistik 1965 werden bereits im Mai-Heft von "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht, d.h. ein halbes Jahr nach dem Schlußtermin für die Abgabe der Lohnsteuerkarten an

die Statistischen Landesämter. Der Gesetzentwurf für die Einkommens- und Körperschaftsteuererklärungsstatistik wird von der Bundesregierung demnächst im Bundesrat eingebracht werden. Es ist vorgesehen, die erste Statistik für 1967 durchzuführen. Die Verordnung über die Durchführung einer Lohnsummenstatistik in den Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben, steht vor der Verkündung. Diese Statistik steht im Zusammenhang mit den vorgesehenen Untersuchungen zur Beurteilung der Vorschläge zur Gemeindefinanzreform.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Dr. Schubnell erläutert, daß auf diesem Arbeitsgebiet im Berichtsjahr die Belastung aller Beteiligten durch Tagungen der Beiratsgremien besonders groß gewesen ist. Die Anregung, beim Mikrozensus nicht nur die Einmündung der Jugendlichen ins Erwerbsleben, sondern auch den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben festzustellen, wird geprüft werden. Die Ablehnung der Verordnung über die Zusatzprogramme 1968/69 zum Mikrozensus durch den Bundesrat wird vom Beirat bedauert, weil dadurch eine gewisse Flexibilität der amtlichen Statistik verloren gegangen ist. Da das nochmalige Einbringen einer entsprechenden Verordnung vorerst keinen Erfolg verspricht, soll die Frage der Zusatzerhebungen im Zusammenhang mit der Schaffung eines Dauergesetzes als Grundlage des Mikrozensus noch einmal aufgegriffen werden. Die Anforderungen an die Bildungsstatistiken sind weiter gestiegen. Der Beschluß des Bundestages vom Mai 1965, diese Statistiken zu erweitern und zu verbessern, konnte wegen des allgemeinen Stellenstops nicht realisiert werden. Eine starke zusätzliche Belastung ergibt sich auf diesem Gebiet durch die Mitarbeit an umfangreichen Berichten der Bundesregierung (Forschungsbericht, Bildungsbericht). Neue Anforderungen sind von Seiten des Bildungsrates zu erwarten. Die Bemühungen, die technischen Rationalisierungsmöglichkeiten noch weiter auszuschöpfen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die für die Bildungsplanung und Bildungspolitik besonders wichtige wissenschaftliche Analyse der Ergebnisse bei weitem nicht in dem erforderlichen Umfang vorgenommen werden kann. Auf dem Gebiet der Gesundheitsstatistik sind die Arbeiten an der Schaffung von Rechtsgrundlagen durch das Bundesministerium für Gesundheitswesen nicht wesentlich weiter gekommen. In guter Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Medizinalbeamten der Länder konnte die Statistik der Berufe des Gesundheitswesens und der Krankenhäuser verbessert werden. Das

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat angeregt, die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz statistisch auszuwerten. Eine abschließende Stellungnahme ist erst nach Prüfung der Kosten durch die Länderfinanzministerien zu erwarten.

Die Vorbereitung der Volks- und Berufszählung 1970 wurde unter Punkt A II und insbesondere A III behandelt, Fragen der Beschäftigtenstatistik wurden bei Punkt A I 1 erörtert (siehe die entsprechenden Protokollabschnitte).

IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

Hierzu wird auf den Amtsbericht verwiesen.

Präsident Schmidt schließt die Tagung mit dem Dank für die diesmal besonders lebhafte und produktive Mitarbeit an den gemeinsamen Aufgaben der Bundesstatistik. Er weist nochmals darauf hin, daß der Beirat wahrscheinlich im November d.J. erneut zusammentreten wird.